

# Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift

des Verbandes der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter (vorm. Allg. Deutscher Gärtnerverein), Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

**Bezugsbedingungen:** Vierteljährl. durch die Post  
5 M., unt. Streifband 6,50 M.

**Erscheint wöchentlich Sonnabends**

**Schriftleitung und  
Versand:**

Berlin S 42, Luisenwerfer 1  
Fernruf: Moritzplatz 2725

**Anzeigen** erscheinen nur in dem vierzehntägig  
erscheinenden „Gärtnerei-Fachblatt“

Die Anzeigen-Annahme befindet sich: Berlin S 42,  
Luisenwerfer 1 = Beilagen nach vorheriger Anfrage

In der Zeit vom 1. August bis 7. August ist der Beitrag für die 32. Woche fällig.

## Unsere Generalversammlung.

Der geistige Ringkampf um das Wohl und Wehe unseres Verbandes, unserer Bewegung überhaupt, ist vorüber und mit Befriedigung darf der Chronist feststellen, daß es nicht nur gelungen ist, neue bedeutsame Verbesserungen auf den verschiedensten Gebieten der Organisation zu schaffen, sondern auch die großen, alle Kollegen schon seit Wochen in Spannung haltenden Fragen zu klären und spruchreif zu machen. Nicht zuletzt verdanken wir das der Ruhe und Sachlichkeit aller Vertreter, die mit größtem Interesse und Eifer bestrebt waren, die oft schwierige Lösung zu finden. Daß dabei Meinungsverschiedenheiten auftauchten und Gegensätze zu überbrücken waren, liegt in der Natur der Sache, zumal in den seit dem letzten Verbandstag verflossenen 8 Jahren Probleme von noch nie gekannter Größe aufgetaucht waren, die zu einer völlig veränderten, aber immer noch in der Fortentwicklung begriffenen Taktik der gesamten Arbeiterbewegung drängten. In diesem Sinne war unsere Generalversammlung ein einmütiges Bekenntnis zum Kampf bis zur Erreichung des gesteckten Zieles.

Darüber hinaus nahm natürlich die Behandlung der gerade bei uns so eigenartig gelagerten Berufsverhältnisse einen breiten Raum ein, aber auch hier trat schließlich eine erfreuliche Einheitslichkeit der Auffassung zutage.

Großen Beifall fanden die Begrüßungsreden unserer ausländischen Gäste, der Kollegen Jacobsen-Kopenhagen und Wokroy-Wien, die beide in dem Wunsch ausklangen, recht bald eine internationale Tagung aller Gärtner-Gewerkschaften in die Wege zu leiten. Der Landarbeiterverband war durch Kollegen Kwasnik, der Gewerkschaftsbund durch Kollegen Georg Schmidt vom gleichen Verbands vertreten.

Der Geschäftsbericht wurde von Busch, der Kassenbericht von Lehmann erstattet; über die Zeitungsfrage referierte Albrecht. Die Leitung der Verhandlung lag in den Händen der Kollegen Haucke-Dresden und Löcher-Berlin, die oft Mühe hatten, die umfangreiche Aussprache gerade über diese beiden Punkte der Tagesordnung in die richtigen Wege zu leiten. Es fehlte natürlich nicht an Kritik, vor allem an der Kriegspolitik des Verbandes und der Haltung der Zeitung in unserer Rechtsfrage. Im übrigen war man übereinstimmend der Meinung, durch ein bewegliches Beitragssystem die Finanzgebarung des Verbandes auf eine feste Grundlage zu stellen. Der Vorschlag, gewissermaßen Fraktionsredner der einzelnen Gauen zu entsenden, fand Beifall, und so konnte schon am Abend des ersten Tages dem gesamten Hauptvorstand einstimmig Entlastung erteilt werden.

Die Bearbeitung der Spezialfragen, wie Statutenberatung, Beitragswesen und dergl. wurde besonderen Kommissionen übergeben, ebenso die Ausarbeitung neuer Leitsätze zur gärtnerischen Rechtsfrage, da die Versammlung in dem von Albrecht hierzu erstatteten Vortrag ein Aufgeben des gewerblichen Standpunktes erblickte, das unbedingt vermieden werden mußte, weil die Unternehmer alles mögliche daran setzten, zur Landwirtschaft zu gehören, um nur für sich günstige Arbeitsbedingungen herauszuschlagen. Die neuen Vorschläge rücken die von Albrecht für die Übergangszeit geforderte Notverordnung in den Vordergrund, verlangen paritätische Gartenbau- oder Fachkammern und wurden dem Vorstand als Material überwiesen.

Den Höhepunkt der Tagung bildete wohl die Aussprache über den Anschluß an den Landarbeiterverband, wozu Busch ein Referat für und Lehmann das Korreferat dagegen gaben. Die

darin verflochtenen Anschauungen sind ja unseren Mitgliedern größtenteils geläufig, so daß wir uns deren Wiedergabe an dieser Stelle ersparen können. Ganz abgesehen von den allgemein anerkannten Vorteilen organisatorischer Art, befürchten auch hier die meisten Redner eine nachteilige Wirkung auf unsere Rechtsfrage. Ferner vertrat die Mehrheit die Auffassung, daß die Mitgliedschaft über das Für und Wider bei der Kürze der Zeit doch nicht so unterrichtet sei, wie es nach den in der Aussprache hervorgetretenen gewichtigen Gründen unbedingt nötig sei, und so wurde mit 30 gegen 3 Stimmen ein Antrag auf Zurückstellung der Verschmelzung angenommen und gleichzeitig der Vorstandsvorstand ermächtigt, mit dem neu zu schaffenden Beirat zu gegebener Zeit eine Urabstimmung darüber herbeizuführen. In der Zwischenzeit sollten die Delegierten und auch die Zeitung für die nötige Aufklärung sorgen. Überhaupt wurde gefordert, daß letztere mehr als Erziehungsmittel nicht nur für die neuen, gewerkschaftlich noch nicht so geschulten Mitglieder, sondern auch für die älteren Kollegen ausgebaut würde, soweit die heutigen technischen Schwierigkeiten das erlauben. Zu diesem Zweck soll Unwesentliches in einem besonderen Mitteilungsblatt kleineren Umfangs gebracht werden.

Punkt 4, Arbeitskämpfe, Tarifverträge, Arbeitszeit, Arbeitsgemeinschaft, wurde in geschlossener Sitzung verhandelt und nahm naturgemäß ebenfalls einen breiten Raum ein. Die von Busch zu „Arbeitskämpfe“ vorgelegte Entschliebung über Er kämpfung der Gleichstellung unserer Löhne mit denen anderer Berufe wurde angenommen, ebenso die Grundzüge Reinholds, in denen die paritätische Arbeitsgemeinschaft als Mittel zum Zweck bezeichnet und ihr Ausbau zu einer Tarifgemeinschaft als vorteilhaft bezeichnet wird. Es ergab sich ferner Übereinstimmung über die Taktik bei den zu erwartenden großen Kämpfen anlässlich des schon angekündigten Lohnabbaues. Erhöhte Schlagfertigkeit war auch hier die Parole.

Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergaben sich nur bei dem von den Unternehmern uns gemachten Vorschlag zur künftigen Arbeitszeit, den die Mehrzahl der Delegierten vor ihren Mitgliedern nicht vertreten zu können glaubte, weil er nur während vier Monaten die achtstündige, sonst aber eine neunstündige Arbeitszeit vorsieht.

Mit großer Schärfe wurde immer wieder betont, der Achtstundentag, um den man jahrelang gekämpft, wäre auch in unserem Beruf technisch durchführbar, und es sei unbedingte Pflicht, diese Errungenschaft der Revolution hochzuhalten, schon um die immer zahlreicher werdenden Arbeitslosen unterzubringen.

Die Situation war zeitweilig äußerst kritisch, vor allem, als Busch erklärte, unter diesen Umständen seine Wiederwahl ablehnen zu müssen, und es gelang nur schwer, die Erregung zu meistern und den drohenden Abbruch der Verhandlung zu verhüten. Die Verhandlungen mußten unterbrochen werden, und es fanden Sonderbesprechungen statt, die eine Wiederaufnahme der Diskussion und Annahme eines Antrages Schaufelberger mit 25 gegen 6 Stimmen zur Folge hatten. Nach diesem soll die Regelung der Arbeitszeit nicht auf dem Verordnungswege, sondern durch einen verbindlich zu erklärenden Reichstarif erfolgen. Von diesem Gedanken ausgehend, wurde dem Hauptvorstand das vollste Vertrauen ausgesprochen. Nur so gelang es im letzten Augenblick, das Verbandsschiff wieder flott zu machen, was die Dresdner Kollegen auch äußerlich dadurch bekundeten, daß sie dem Kollegen Busch das Modell eines Segelschiffes mit entsprechender Widmung überreichten.

Nach diesem Zwischenfall erstatteten die verschiedenen Kommissionen ihre Berichte über die Satzungsänderungen, das Beitragswesen, die dazu gehörigen Anträge, die Besoldung der Au-

gestellten usw., und wurden diese nach kurzer Aussprache mit verschiedenen kleinen Abänderungen angenommen.

Über die Neuregelung des Beitragswesens kann in diesem Stimmungsbild natürlich nicht berichtet werden, aber erwähnt sei, daß die Schaffung eines Beirats von 8 Mitgliedern aus den verschiedensten Teilen des Reichs, dem dann noch der Vorsitzende des Ausschusses beitrifft, beschlossen wurde. Kollege Haucke ging bei der Wahl als Vorsitzender dieser neuen Körperschaft hervor.

Die Neufassung der Satzungen wurde dem Schriftleiter überwiesen, hierauf nahm die Versammlung Kenntnis von den Albrecht'schen Richtlinien zur Lehrlingsfrage und hörte einen Vortrag des Kollegen Dähn über die Betriebsräte in der Gärtnerei, der ebenfalls Zustimmung fand.

Nach kurzen Berichten über die am Sonntag stattgefundenen Sondertagungen der Friedhofs-, Gemeinde- und Staatsgärtner, Blumengeschäftsangestellten und Privatgärtner schritt man nach Vorschlägen der Kommission zur Wahl des Vorstandes usw. Wiedergewählt wurden Busch als 1. Vorsitzender, Lehmann als Kassierer, sowie Falk und Bonowski als Beisitzer. Neu gewählt sind Löcher als 2. Vorsitzender, Reinhold als Schriftleiter, Dockhorn, Fahldiek und Ohler als Beisitzer. Als Vorsitzender des Ausschusses wurde dann noch Kunze-Hamburg wiedergewählt, worauf Busch in seinem Schlußwort den Vertretern für die geleistete Arbeit dankte und den Wunsch aussprach, daß diese für den Verband segensreich ausschlagen möge. Diesem Wunsch schlossen sich die ausländischen Kollegen und für die Leitung des Verbandstages auch Haucke an.

Hierauf wurde mit einem Hoch auf die gesamte Gärtnerbewegung die denkwürdige Sitzung geschlossen.

Über Einzelheiten werden wir später berichten, hoffen aber, daß schon der hier gegebene kurze Überblick unseren Mitgliedern die Wichtigkeit der Tagung vor Augen führt und sprechen nun auch unsererseits die Bitte aus, mitzuarbeiten, um die Beschlüsse durchzuführen und den Vorstand in seinem schweren Amt zu unterstützen, damit er, gestützt auf das Vertrauen der Kollegen, hoffnungsvoll in die Zukunft blicken kann. W. R.

## Arbeitnehmer und Preisbildung im Gartenbau.

Unter dieser Überschrift finden wir in der „Schlesischen Gärtnerbörse“ eine Abhandlung aus dem „Handelsgärtner“ wieder, die sich mit der rückläufigen Preisbildung gärtnerischer Erzeugnisse auf dem Markte befaßt, die angesichts der anhaltenden Steigerung aller Betriebsmittel notwendigerweise zu Stilllegungen führen müsse, falls die Arbeitnehmer in ihrem eigensten Interesse nicht selbst darauf bedacht seien, die Betriebe lebensfähig zu erhalten.

Als Hauptmittel dazu wird ein Eingreifen der gärtnerischen Arbeitsgemeinschaft gegen den ausländischen Wettbewerb und aufklärende Artikel in der Tagespresse über die Oestehungskosten unserer Erzeugnisse gewünscht.

Befassen wir uns einmal etwas näher mit der Angelegenheit, in der Hoffnung, daß dies auch andere Kollegen zur Wiedergabe ihrer Erfahrungen oder Meinungen anregt.

Vorausgeschicken müssen wir aber schon jetzt, daß wir bei Betrachtung der Dinge zu einer wesentlich anderen Auffassung kommen, weil wir als Anhänger einer höheren Wirtschaftsform, nämlich der sozialistischen, in dem heutigen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft nur deren naturgemäßes Ende erblicken und daher wenig oder gar kein Interesse daran haben, dieses noch unnötig hinauszuschleppen.

Es handelt sich hier um keine Messer- und Gabelfrage, sondern um die Menschheitsfrage, darüber täuschen weder das Oejammere der Betroffenen noch die üblichen demagogischen Bezeichnungen hinweg. Ist es nicht eine fanatische Verdrehung der Tatsachen oder eine frivole Annahme, wenn man unseren Kampf gegen ein unlogisches und unhaltbares Wirtschaftssystem als anarchische Staatsfeindschaft, als Vaterlandslosigkeit oder die Ausschaltung der Unternehmer als ein Verbrechen am Volke bezeichnet?

Erstens zeigt die Entwicklungsgeschichte eines kleinen Krautens, daß es für ihn viel besser gewesen wäre, er hätte die Finger vom Selbständigmachen gelassen; Er ist ein volkswirtschaftliches Übel und verschwindet je eher, je besser. Ohne Betriebskapital lebt er von der Hand in den Mund, arbeitslos wie ein Vieh, hält sich nur durch Schleudererei auf dem Markt, die mit Lohn-drückerei Hand in Hand geht und kann häufig nicht mal seine Verbandsbeiträge bezahlen.

Zweitens fehlt ihm jede kaufmännische Berechnung und betriebswissenschaftliche Erfahrung, seine Preisbildung ist eine willkürliche, seine Produktionsmethoden sind meist extensiv, daher unrentabel, die Fach- und volkswirtschaftliche Bildung ist mangelhaft, weil er in seiner Lehre und den meisten Gehilfenjahren nur schuft zu können brauchte, wenn er sich die Zufriedenheit seines Chefs erwerben wollte.

Er ist also in vielen Beziehungen selbst ein Opfer unserer Gesellschaftsform, trotz alledem aber königstreu, weil er erkannt hat, daß das der beste Schutz für sein Eigentum an Grund und Boden ist, den er möglichst bald in Bausteine umzuwandeln bestrebt ist, um so auf Kosten der Allgemeinheit das übliche Geschäft zu machen. Stirbt er dann, wird im Nachruf behauptet, er habe es zu etwas gebracht. Die Triebfeder seiner Selbständigkeitsmachung war nämlich nur das Bestreben, nicht mehr von anderen abhängig, sondern sein eigener Herr zu sein und nur für sich selbst zu arbeiten. Geht es aber schief, haben solche „runtergekommenen“ Leute eine unüberwindliche Scheu, das Schicksal der vorher so sehr beneideten Arbeiter zu teilen, man findet sie sehr bald als Händler, Agenten u. dergl. wieder.

Sollte man hier nicht den Konzessionszwang einführen und Neugründungen von Gärtnereien nur bei vorhandenem Bedürfnis zulassen?

Ist es wirklich wahr, daß unsere Volkswirtschaft ohne die „weitverzweigten“ ökonomischen Kenntnisse solcher Unternehmer nicht mehr daseinsfähig sei?

Nur einigen wenigen unter der großen Masse gelingt es, sich durch wirkliche Fähigkeiten und infolge besonderer Vorsicht bei der Auswahl ihrer Eltern, zu führenden Fachmännern emporzuschwingen, aber fast immer geht ihr Weg über die Leichen einiger Konkurrenten. Rücksichtslosigkeit ist neben der Kuponschere das unfehlbarste Rüstzeug im Kampf ums Dasein. Also auch hier die aufsteigende Tendenz des Kapitalismus, das Streben nach Monopolismus, verbrämt mit etwas Mittelstandsretterei. Wer kennt nicht die Klagen der kleinen Unternehmer im Handelsblatt, daß sie als Käufer von ihren großen Lieferanten nur als notwendiges Übel betrachtet würden, wer hat noch nichts davon gehört, daß sich die Kleinunternehmer in ihrem eigenen Verband über die geschäftlichen Manipulationen ihrer großen Brüder wundern und das Gefühl haben, sogar während des Krieges genepft worden zu sein, weil diese es verstanden, ihre geschäftlichen Verbindungen nach Südfrankreich, Belgien usw. aufrecht zu erhalten, während die anderen im Schützengraben in Patriotismus machten?

Zeigt nicht der ständige Kampf zwischen Gärtnern und Blumengeschäftsinhabern, daß hier ein offener Mangel unserer Wirtschaftsform vorliegt, der bei einer wirklichen Bedarfsdeckungswirtschaft undenkbar wäre und gerade jetzt einen unnötigen Kraftverbrauch bedingt, der viel besser zum Aufbau einer Planwirtschaft verwendet würde?

Damit kommen wir zum Kernpunkt unserer Ausführungen; denn es ist bewiesen, daß die bisherige plan- und regellose Produktions- und Handelsweise mit ihrer Konkurrenz aller gegen alle in ihrer äußersten Konsequenz zum Weltkrieg und damit zum Zusammenbruch der plutokratischen Staats- und kapitalistischen Wirtschaftsform geführt hat.

Auch der Gartenbau, vielleicht besonders er, hat dabei ebenfalls mitgewirkt, denn wenn schon der Deutsche ganz allgemein als Michel bezeichnet und mit der Schlafmütze dargestellt wird, so gilt das in erster Linie von unserem Beruf und seinen Vertretern in beiden Lagern. Man bezeichnet uns fast überall als rückständig; darüber hilft auch der Titel Kunstgärtner oder Garteningenieur nicht hinweg. Und dieser Mangel an Weitblick und kaufmännischem Geist ließ unsere Unternehmer, vor allem die Gemüsegärtner, solange in ihren alten Trott dahinschlendern, bis die ausländische Konkurrenz in zäher, zielbewußter Arbeit ein großzügiges Handelsnetz über ganz Deutschland gezogen hatte und eifrig bestrebt war, dieses immer enger zu flechten. Da wurden sie vor Schreck munter, aber statt sich reißig an die Brust zu schlagen, rief man nach echt deutscher Art sofort nach der hohen Obrigkeit, dem Vater Staat, er solle umgehend für schöne Schutzzölle sorgen, damit man, unbesorgt um die verdammten Ausländer, beschaulich weiter wursteln könne. Das war die gute alte Zeit, wo man das Denken dem lieben Gott und der vorgesetzten Behörde überließ, sich aber vorsichtshalber auch noch der Landwirtschaft an den Hals warf, in der angenehmen Erwartung, damit ohne eigene geistige Unkosten etwas herauszuschlagen.

Solche Stammfischweisheit wurde natürlich von den Ausländern umso mehr beiseite geschoben, als sie selbst ja nach genau demselben kapitalistischen Rezept arbeiteten, nämlich ihren eigenen Profit nur durch Übervorteilung des lieben Nächsten herausholten. Ihre Regierungen und die günstigen Bahnverhältnisse kamen ihnen zu Hilfe, so daß die Schutzzölle nicht die von unseren Unternehmern gewünschte Höhe erreichen konnten. Sie blieben aber der Weisheit letzter Schluß, und besonders vor dem Kriege erhitzte diese Frage die Gemüter wieder erheblich.

In den letzten Monaten schaltete der Stand unserer Valuta die Angelegenheit ganz aus; nun wird sie aber durch diese Aufforderung an uns wieder aktuell. Sogar die Arbeitsgemeinschaft soll sich mit ihr beschäftigen, während man uns dort noch vor kurzem zart andeutete, wir wären für wirtschaftliche Fragen zu dumm, um Parität beanspruchen zu können. Sollen wir vielleicht als Vorspann dienen?

Dann wird es höchste Zeit, daß wir als Mensch, Sozialist und Gärtner dazu Stellung nehmen. Es kann natürlich nicht Zweck dieser Zeilen sein, die Frage hier wissenschaftlich aufzurollen, aber kurz und bündig muß die unumstößliche, von Freund und Feind in Bergen von Literatur zugegebene Tatsache festgenagelt werden, daß jeder Schutzzoll die Ware verteuert. Das allein würde schon zur Ablehnung genügen und nur bei wirklichen Luxusartikeln, zu denen wir Schnittblumen, ebenso wie unsere Unternehmer, nicht rechnen können wir ihn, besonders heute, befürworten.

Aber er reizt auch dazu, unter seinem übernatürlichen Schutz an sich schwache Gewerbe künstlich groß zu pappeln, so daß nicht nur ein völlig schiefes Bild über ihre eigentliche Bedeutung, Notwendigkeit und Bodenständigkeit, sondern auch Schwierigkeiten beim Absatz ihrer Produkte entstehen, die Gegenmaßnahmen solcher Länder erzeugen, in denen diese Gewerbe ihre natürliche Existenzbedingungen haben. Dadurch sind sie allen Schwankungen des wirtschaftlichen Lebens in viel stärkerem Maße unterworfen, die natürliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder wird unterbunden und Reibungsflächen erzeugt, die leicht verhängnisvoll werden können. Finanziell ist wieder nur eine Verteuerung zu verzeichnen, denn wenn z. B. Deutschland argentinisches Getreide besteuerte, legte dieser Staat einen Zoll auf unsere Maschinen; es ist, wie bei Geburtstagsgeschenken, nur ein gegenseitiges Wiedergeben.

Was würde man wohl sagen, wenn jemand einen hohen Zoll auf Ananas und Apfelsinen damit empfehlen würde, diese Kulturen hier einzubürgern? Liegt es nicht bei den Rivieraschnittblumen ähnlich? Bedeuten diese wirklich den Tod vieler deutscher Gärtnereien, Arbeitslosigkeit ungezählter Personen?

Wir verneinen dies, denn der Valutastand verhindert dies vorläufig, ferner verbietet der Friedensvertrag augenblicklich derartige Zölle noch, außerdem hat unsere Ernährungslage den Ausbau von Obst- und Gemüsekulturen mit sich gebracht, so daß gar nicht mehr so viele Schnittblumenkulturen vorhanden sind, und diese sollen nach Äußerungen der Blumengeschäftsinhaber den an sich zurückgegangenen Bedarf nur schwer decken können. Außerdem finden zurzeit nur billige Arten Absatz, so daß die so lange vernachlässigte Regel, die Erzeugung solle sich nach dem Bedarf richten, wieder oberste Richtschnur werden muß. Schränken wir die heute so teuren Warmhauskulturen ein und schaffen wir wieder mehr Abwechslung in unseren Erzeugnissen, dann wird das in geeigneter Weise aufmerksam gemachte blumenliebende Publikum auch wieder Freude empfinden und kaufen.

Hinzu kommt noch die unbedingt nötige Sichtung unserer gesamten Sortimente, die Normalisierung der Betriebseinrichtungen, Verwendung von Hand-Säemaschinen, Regeneinrichtungen, die Saatgutprüfungen, kurz eine Leistungssteigerung durch vervollkommnete Organisation der menschlichen Arbeit, wie sie ja auch durch das Betriebsrätegesetz ins Auge gefaßt ist.

Dann werden auch die so gern ins Feld geführten klimatischen Vorteile Hollands bei der Gemüseerzeugung, die übrigens auch in großen Teilen des dort angrenzenden deutschen Marschengebietes bestehen, überwunden werden, zumal eine größere Einfuhr neben den zurzeit höheren Löhnen des Auslandes vor allem durch die enormen Frachtspesen zweifellos illusorisch gemacht werden dürfte.

Wenn sich der einzelne Unternehmer dann nicht mehr halten kann, muß der von uns schon so oft verlangte Zusammenschluß zu Genossenschaften betrieben werden, denn nur diese sind in der Lage, den Markt zu übersehen, sparsam und rationell zu arbeiten und dadurch die Auslandskonkurrenz im Schach zu halten, keinesfalls darf der Verbrauch gerade in dieser schweren Zeit mit indirekten Steuern, wie es Zölle sind, belastet werden, denn die damit verbundene Minderung der Kaufkraft würde unser Inlandsmarkt einfach nicht ertragen können.

Im übrigen muß die Preisbildung nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern nach den Gesteuerungskosten erfolgen, und da hapert es gerade im Gartenbau ganz außerordentlich. Hier muß der Hebel, besonders auf den Fachschulen, angesetzt und die Arbeitnehmerschaft mit beteiligt werden, denn es ist nicht abzuleugnen, daß der Rückgang des Verbrauches vielfach an den Märchenpreisen liegt, die von den Gärtnern gefordert wurden, als der allgemeine Preistaumel auch sie ergriffen hatte und der sich mit Lohnsteigerungen allein nicht rechtfertigen läßt. Man lese in der „Bindekunst“ usw. über Schnittblumen- und Topfpflanzenpreise nach und vergleiche die Preise für Gemüse und Obst, die erst durch Krawalle erheblich gesenkt werden konnten, um das bestätigt zu finden. Ein Berliner Gärtnereibesitzer K. rief seinen Kollegen in einer Versammlung zu, man müsse nur den Mut haben, die hohen Preise zu verlangen, seine Frau verstände das aus dem ff. Ein anderer fand klagende Artikel in seiner Fachzeitung lächerlich und schädlich, denn man sei bei den hohen Löhnen gar nicht so schlecht gefahren, wenn man sie nur mit einem ebenso hohen Aufschlag abzuwälzen verstehe. Ebenso ist der Streit der Baumschulkönige mit dem Gartenarchitekt Everhard-Düsseldorf noch in frischer Erinnerung, der merkwürdige Streif-

lichter auf die Preispolitik warf und die vielen Gerichtsverhandlungen gegen Gärtnereibesitzer wegen Höchstpreisüberschreitungen reden gleichfalls eine sehr deutliche Sprache über deren Dollarismus.

Soll nun jetzt der Arbeiter allein der Krisis opfern, obgleich er im Kriege keine Rücklage machen konnte? Will der Unternehmer sein Gewinne restlos retten, um sie schließlich auch noch vor der Steuerbehörde zu verstecken und so der Allgemeinheit noch ein Schnippchen zu schlagen? Ist nicht schon in verschiedenen Gewerben die Krisis mit ihren Entlassungen als Bluff und gewollt festgestellt, lediglich zu dem Zweck, die Preise künstlich hochzuhalten und die Arbeiter einzuschüchtern, um so den von beschränkten Wirtschaftspolitikern als Allheilmittel empfohlenen Lohnabbau in die Wege leiten zu können!

Warum sollen gerade wir Artikel über die Gesteuerungskosten, Pflückerlöhne usw. in die Tageszeitungen bringen? Wirkt diese Zurückhaltung unserer Unternehmer nicht etwas verdächtig? Wir haben gar keine Veranlassung, für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen, solange wir nicht gleichberechtigt an der Preisgestaltung beteiligt sind, und solange nicht der unnötige Zwischenhandel ausgeschaltet ist. Vor allem müssen wir wieder zur Festsetzung normaler Gewinne kommen, denn kein Mensch verkauft heute mehr zum Selbstkostenpreis plus 10—25 % Nutzen, obgleich das schon recht annehmbar wäre, weil die heutigen Gesteuerungskosten an sich schon hoch sind. Das gilt für alle Industrien, Landwirtschaft und Gärtnerei. Man hat sich überall gesund gemacht, und es fehlt auch nicht an warnenden Stimmen aus führenden Kreisen gegen diese Sucht nach dem Geld. Denken wir nur an die Kohlen, wo der Unternehmervorgewinn auf das 32fache gestiegen ist, die Schuhfabriken, wo der Arbeitslohn für ein Paar Stiefel von 400—500 Mk. nur 25 Mk. ausmacht und die Elektroindustrie, bei der laut „Berliner Tageblatt“ von gewissen Werken bei einer Million Stammkapital monatlich  $\frac{1}{2}$  Million Reingewinn erzielt wurden. Ist das volkswirtschaftlich gesund? Selbst ausländische Maschinenfabriken bieten jetzt schon ihre Erzeugnisse billiger an, obgleich unsere Löhne bedeutend tiefer stehen, so daß eben nur die hohen deutschen Unternehmervorgewinne und die durch ein planloses Jagen überbeurten ausländischen Rohstoffe für diese Verrücktheit verantwortlich gemacht werden können. Der Lohn spielt also bei der Warenkalkulation nur eine untergeordnete Rolle, und es muß zur Behebung der Absatzstockung an die Normierung von Mischpreisen herangegangen und neue Ausfuhrmöglichkeiten geschaffen werden. Das gilt auch für gärtnerische Erzeugnisse, denen gerade besonders Rußland und der Balkan fehlt.

Erinnern wir uns ferner noch der Riesenbestände ländlicher Sparkassen, die im Gegensatz zu den Klagen der Großagrarien stehen und an die Mahnungen des Dr. Heim gegen die hohen Milchpreise und die Frühdruschprämien, dann erblicken wir überall das gleiche System, das in den jetzigen Kartoffelpreisen seinen höchsten Triumph feiert.

Selbst Mädchen vom Lande haben ironisch erklärt, im Sommer auf Stellungen in der Stadt zu verzichten, da sie mit Beeren- und Pilzensammeln täglich bis zu 30 Mk. verdienen. Wo bleibt da der in der „Deutschen Tageszeitung“ so vielgerühmte Opfersinn der Landwirtschaft, die erst durch Produktionsanreize auf ihre vaterländischen Pflichten aufmerksam gemacht und dann durch völlige Freigabe des Handels, d. h. schrankenlose Preisbildung, extra belohnt werden soll?

Dieser Schlachtruf, ein Signal zur Heiligsprechung des Profits, findet auch in den Reihen unserer Unternehmer begeisterten Widerhall; uns wäre es viel lieber, wenn sie sich erst mal in die soziale Seite dieses Problems versenkten, dann würden sie auch mehr Verständnis für das tiefe Sehnen unserer Kollegen nach besseren, gerechteren Zuständen auf wirtschaftendem Gebiet bekommen und selbst mit Hand anlegen, die gerügten Mißstände zu beseitigen.

W. R.

## Die Interessen-Vertretung der Privatgärtner.

Neben den Blumengeschäftsangestellten sind es die Privatgärtner, die heute von allen übrigen Zweigen unseres Berufes am schlechtesten entlohnt werden. Schuld daran ist allein nur die ungenügende Organisation, denn sonst hätten sich auch hier Mittel und Wege gefunden, die gangbar wären, um auch in der Privatgärtnerei bessere Verhältnisse zu schaffen. Voraussetzung aller gewerkschaftlichen Arbeit ist aber fester Wille, kurze Entschlossenheit, Ausdauer und ein klein wenig Mut.

Besonders das letztere wünschen wir den meisten Privatgärtnern. Ein dummes Gesicht von Seiten der „Onädigen“, und schon ist die ganze Kurage zum Teufel. Nicht selten kehren diese Kollegen dann zur alten Methode zurück, um durch Liebedienerei und Katzbuckeln eine kleine Aufbesserung zu erschleichen. Aber auch dieses Mittel hilft nur kurze Zeit, das Ansehen schwindet und die Anforderungen, die die Herrschaften zu stellen wagen, wachsen mit jedem Tage.

Es bleibt da immer nur der Weg übrig, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation dem Ziele näher zu kommen. Selbst eine Herrschaft muß vor dem Manne Respekt haben, der offen und ehrlich sagt, was er ist, und wo er hingehört. Alles hinterherum machen kann nur schädlich sein, und auch das Wörtchen „christlich-national“ übt auf die Herrschaften keine bessere Wirkung aus als der Name unseres Verbandes, denn wer sich erlaubt, bessere Löhne zu fordern, der kommt ohne weiteres in den Ruf, Sozialdemokrat zu sein.

Soweit die Herrschaften industrielle Werke besitzen, sind sie ja den Verkehr mit Organisationen gewöhnt, kennen die Löhne der übrigen Arbeiterschaft und sind hier kaum Schwierigkeiten zu erwarten. Anders bei denen, die von ihrem Gelde zehren, denn dieses ist durch die allgemeine Entwertung bedeutend weniger geworden, dazu kommen hohe Abgaben und Steuern, so daß es begreiflich ist, wenn sie sich fester als bisher auf ihre Geldsäcke setzen. Sie werden erst nachgeben, wenn sich nachweisen läßt, daß die Gärtner in den Erwerbsgärtnereien oder in den nächstgelegenen Privatgärtnereien wesentlich mehr verdienen, und wenn die Gefahr besteht, ihr Gärtnern könnte weglaufen.

Jede Lohnbewegung ist ein Kampf, und jeder Kampf kostet Opfer. Bin ich bereit, für meine Anschauungen einzustehen und auch zu zeigen, daß es mir wirklich bitterer Ernst ist, dann habe ich schon halb gewonnen. Weiß aber die Herrschaft, daß die Sache nicht ernst zu nehmen ist, dann haben wir schon im voraus verloren.

Über die Art und Weise, wie man nun in den einzelnen Orten und bei den verschiedenen Gartenbesitzern vorgeht, bestehen verschiedene Meinungen. Fest steht, daß man hier die Kampfmittel der Erwerbsgärtnereien nur vereinzelt anwenden kann. Vielmehr müssen wir uns hier den örtlichen Verhältnissen und der Eigenart der Betriebe anpassen.

Besonders schwierig ist es, zentrale Tarife abzuschließen, weil die Verhältnisse fast in jedem Privatgarten in bezug auf Größe, Dienstleistungen und Nebenbezüge u. dergl. mehr anders liegen. Dann ist der Widerstand der Herrschaften gegen Tarifverträge, die den Arbeitnehmern das Recht geben, gegen die Herrschaften klagbar vorzugehen, meistens sehr groß. Den Lohn wollen sie vielfach bezahlen, aber um Gottes Willen nur nicht unterschreiben. Wichtig ist aber die Unterschrift schon deshalb, um bei den andern Privatgartenbesitzern damit operieren zu können, da ja bekanntermaßen jede Herrschaft fragt, was andere Gärtner erhalten, und was der Nachbar für den Gärtner zahlt. Sonst hat ja die Unterschrift wenig Bedeutung, weil ein Gärtner, der sich die Stellung erhalten möchte, nur im alleräußersten Notfalle eine Klage anstrengen dürfte. Aus diesen Gründen würde sich eine Lohnratifizierung für zweckmäßig erweisen, die von einigen Privatgartenbesitzern unterzeichnet wird und die dann als Grundlage für die Entlohnung usw. zu gelten hätte. Je nach Lage der Verhältnisse dürfte es wohl überall möglich sein, einige Unterschriften zur Weiterempfehlung zu erhalten und die Lohnverhältnisse wären dann durch diesen gelinden Druck fast überall aufgebessert und gleichmäßig gestaltet. Sollte es schwierig sein, solche Unterschriften zu erhalten, so versuche man zunächst durch die Vermittlung des Bürgermeisters oder einer bekannten und zugkräftigen Person eine Zusammenkunft zu erreichen, wo über eine Tarifvorlage gesprochen werden soll. In den meisten Fällen dürfte auch hier eine Verständigung möglich sein. Das Anrufen des behördlichen Schlichtungsausschusses dürfte sich erst dann empfehlen, wenn die ersten Versuche mißglückt sind. Die meisten Herrschaften werden nur mit dem größten Widerwillen dort erscheinen und sich für diese Unannehmlichkeiten bei dem Gärtner bedanken, ganz abgesehen davon, daß die Verwaltungspraxis der Schlichtungsausschüsse verschieden ist und Klagen gegen Privatleute vielfach abgelehnt werden. Als letztes Mittel wäre dann die Kritik der betreffenden Verhältnisse in der Öffentlichkeit oder durch die Presse zu empfehlen. Dieses Mittel wird von den Privatgartenbesitzern am meisten gefürchtet und hat schon oft geholfen, wenn andere Mittel versagt haben.

Aus dieser kurzen Darstellung von Mitteln und Wegen, die gegebenenfalls besprochen werden können zeigt sich mit genügender Deutlichkeit, daß der Privatgärtner, solange er auf sich allein angewiesen ist, jedenfalls nur herzlich wenig erreicht, dagegen wird er durch die Verbindung mit seinen Berufskollegen und der übrigen Arbeiterschaft genügend Hilfskräfte finden, die gegebenenfalls für ihn eintreten.

Die Einwendung, man könne doch als Privatgärtner nicht das Privatkapital bekämpfen und damit seine eigene Existenz unmöglich machen, ist nichts als leeres Gerede, weil erstens die Bekämpfer des Privatkapitals keine Existenz vernichten, sondern vielmehr für alle Menschen eine bessere und gesichertere Existenz schaffen wollen, und dann dürfte jedenfalls der einzelne Privatgarten das letzte mit sein, was sich für die Sozialisierung eignen und lohnen würde. Inwieweit es allerdings die allgemeine Notlage Deutschlands den Besitzern noch gestatten wird, einen größeren Luxus zu treiben, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Jedenfalls hat gerade der Privatgärtner jetzt die Pflicht, nicht mehr wie früher in den Tag hineinzu leben, sondern er muß sich über seine Zukunft und die Existenz des gesamten Berufes recht ernste Gedanken machen. Es muß gerade mit Hilfe der Privatgärtner gelingen, den Zustrom von billigen Arbeitskräften, insbesondere von Lehrlingen, zu unterbinden. Nur der soll sich Gärtner nennen dürfen, der eine entsprechende Lehrzeit und Prüfung durchgemacht hat. Hier gibt es noch eine riesige Arbeit zu leisten, die aber vollbracht werden muß, wenn unsere älteren Arbeitskräfte im Berufe eine Existenz finden sollen; ganz gleich, ob in der Erwerbs- oder Privatgärtnerei.

Die Kollegen der Erwerbsgärtnerei waren bisher immer die Schrittmacher der Privatbetriebe. Jetzt gilt's, daß auch die Privatgärtner zeigen, daß sie die Zeit begriffen haben und mit uns Schulter an Schulter kämpfen für das Wohl und die Erhaltung unseres schönen Berufes.

Darum hinein in die Privatgärtnervereinigung unseres Verbandes; sie bietet durch unsere bisherige Tätigkeit und die Größe der Mitgliederzahl die sichere Gewähr dafür, daß die Interessen der Privatgärtner nirgends besser vertreten werden können.

Fuchs, Frankfurt a. M.

## Berichte

**Gärtnerei als Gewerbe.** Einen neuen Beitrag zu dieser unserer Auffassung liefert ein Urteil des Amtsgerichtes in Brieg (Schles.). Dort hatte unsere Gauleitung einen Handelsgärtner auf Nachzahlung von 352 Mk. Restlohn verklagt. Der Schlichtungsausschuß Brieg lehnte die Klage ab, und diese wurde darauf dem dortigen Amtsgericht übergeben. Dort beantragte der Anwalt Abweisung der Klage. Hierauf fällt das Gericht das folgende Urteil: Die Klage wird abgewiesen; dafür ist das Gewerbegericht zuständig. Dazu erfolgte nachstehende Begründung: Der Kläger ist zweifelsohne ein gewerblicher Arbeitnehmer. Die Gärtnerei gehört zum Gewerbe; unerheblich ist dabei, ob Beklagter noch Landwirtschaft betreibt. Deshalb mußte wie oben erkannt werden.

Kommentar überflüssig.

A. Vollbrecht-Breslau.

## Rundschau

**Vergütung für den Lohnausfall der Arbeitnehmerbeisitzer von Schlichtungsausschüssen.** Da in der letzten Zeit mehrfach Beschwerden der Beisitzer darüber geführt worden sind, daß ihre Tagegelder nicht dem Arbeitslohn entsprechen, hat der Minister für Handel und Gewerbe im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen angeordnet, daß die Arbeitgeber in Zukunft auf allen Ladungen einen Vermerk über die übliche Arbeitszeit und den durchschnittlichen Stundenlohnverdienst zu machen haben.

Die Arbeitnehmer-Beisitzer sind also verpflichtet, sich sofort nach Erhalt der Ladung diese Angaben zu beschaffen.

## Bekanntmachungen

### Gaue und Ortsverwaltungen

**Brandenburg a. H.** Außerordentliche Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 7. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: Kassenbericht, Beitragsregelung der einzelnen Branchen, Vorstandswahl. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Gau Nordbayern.** Am 21. und 22. August: Ausflug bei jedem Wetter in die fränkische Schweiz. Proviant mitnehmen. Ungefähre Kosten 25—30 Mk. Auskunft und Anmeldung beim Führer und Kollegen Hans Dechant, Bamberg, Nürnberger Str. 27. Stolp (Pom.). Vorsitzender P. Lemke, Präsidentenstr. 18, Kassierer Reimb. Lange, Wiesenstr. 5. Versammlungen jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Schweizergarten, Gr. Aukerstr.

## Sterbetafel.

Am 21. Juni verstarb an einem im Felde zugezogenen Leiden das Mitglied der Verwaltung Göttingen, der Kollege **Bledermann**.

Am 4. Juli ist das Mitglied der Verwaltung Hamburg, der Kollege **Herrn. Behm** in Ahrensburg im Alter von 49 Jahren verschieden.

Am 10. Juli verstarb infolge eines Unglücksfalles das Mitglied der Verwaltung Crefeld, der Kollege **Wilh. Engels** im Alter von 22 Jahren.

Am 18. Juli verschied das Mitglied der Ortsverwaltung Erfurt, Kollege **Friedrich Lorenz**.

Ehre ihrem Andenken!